

„Strukturreformen“ für flexiblere Arbeitsmärkte – verfehlte Wirtschaftspolitik

Der europaweite Abbau von Arbeitnehmerrechten und sozialer Sicherungssysteme, die weitere Deregulierung und Flexibilisierung der Arbeitsmärkte – all dies stößt zunehmend auf Widerstand der Betroffenen. Die EU-Institutionen können darüber nicht hinwegsehen und signalisieren: „Wir haben verstanden.“ Mit der Diskussion über „Flexicurity“ als angeblich neuem Politikansatz verkünden sie die frohe Botschaft, dass von nun an Flexibilität mit sozialer Sicherheit einhergehen soll. Doch die Betroffenen nehmen dies Kommission, Rat und Europäischem Parlament offenbar nicht ab. Für sie steht der Flexicurity-Ansatz für fortgesetzte neoliberale Politik, die nunmehr mit einem beschwichtigenden Lächeln verkauft wird.

Mit ausdrücklichem Hinweis auf die EU-weite „Flexicurity“-Debatte kündigte die niederländische Regierung in 2007 Pläne an, den Kündigungsschutz weiter aufzuweichen. Die niederländischen Gewerkschaften haben gegen dieses Vorhaben ihrer Regierung massiv mobil gemacht und damit erreicht, dass diese ihre Pläne zunächst auf Eis gelegt hat. In Frankreich fanden im Oktober und November 2007 massive Streiks und Demonstrationen von Eisenbahnern und Angestellten des Öffentlichen Diensts gegen die Pläne von Sarkozy für eine Rentenreform statt. In Portugal gingen anlässlich des informellen EU-Gipfels im Oktober 2007 auf Initiative des Gewerkschaftsverbands CGTP 200 000 Menschen auf die Straße, um ausdrücklich gegen die europäische „Flexicurity“-Agenda zu demonstrieren. Und in Italien marschierten am 20. Oktober 2007 etwa eine Million Menschen in Rom gegen die Pläne für eine Renten- und Arbeitsmarktreform der Mitte-Links-Koalition. Nach ihrer Ansicht waren diese Reformen unzureichend, um die weit verbreiteten prekären Beschäftigungsverhältnisse zurückzudrängen, was Prodis Mitte-Links-Bündnis zuvor als Hauptanliegen der Reform verkündet hatte. Die EU und die Mitgliedstaaten haben damit mehr als ein Vermittlungsproblem für ihren Flexicurity-Ansatz. Die Menschen sehen, was in Wirklichkeit vor sich geht, ziehen ihre Schlussfolgerungen daraus und wehren sich entsprechend.

Flexicurity und die Integrierten Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung

Der Flexicurity-Ansatz soll im neuen Drei-Jahres-Zyklus der *Integrierten Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung* für den Zeitraum 2008 bis 2010 aufgegriffen und verankert werden. Diese Integrierten Leitlinien sind das Kernstück der reformierten Lissabon-Strategie der EU. Sie wurden erstmals in 2005 beim sogenannten „Neustart“ der Lissabon-Strategie eingeführt und vereinen nun die vormals getrennt behandelten wirtschaftspolitischen Leitlinien („Grundzüge der Wirtschaftspolitik“) und die beschäftigungspolitischen Leitlinien in einer gemeinsamen EU-Strategie.

Von insgesamt 24 Leitlinien steht die „Wirtschaftspolitik“ mit 6 Leitlinien zu makroökonomischen Themen und weiteren 10 zu mikroökonomischen Themen nun für zwei Drittel des Gesamtpakets der Integrierten Leitlinien. Zwischen 1997 und 2005, als die wirtschafts- und beschäftigungspolitische Leitlinien noch separat erlassen und beraten wurden, kam die Beschäftigungspolitik allein noch auf bis zu 21 Leitlinien. In den Integrierten Leitlinien seit 2005 kommt die Beschäftigungspolitik nur

noch auf 8 von insgesamt 24 Leitlinien. Im Ergebnis hat die Wirtschaftspolitik in den Integrierten Leitlinien deutlich an Gewicht gewonnen und die Beschäftigungspolitik erheblich verloren. Hinzu kommt, dass der wirtschaftspolitische Teil der Integrierten Leitlinien auch zu Fragen der Arbeitsmarktpolitik und der Lohnentwicklung Vorgaben macht.

Da es beim Thema Flexicurity im Wesentlichen um Themen der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik geht, sollte man meinen, dies sei nun hauptsächlich eine Angelegenheit der Arbeits- und Sozialminister in der EU. Doch weit gefehlt. Vor allem der Rat der Wirtschafts- und Finanzminister der EU (ECOFIN) sieht sich bemüßigt, aggressiv Vorgaben zur Flexicurity-Thematik zu machen. Bevor der Europäische Rat der Arbeits- und Sozialminister irgendwelche ausführlicheren Erläuterungen zum Flexicurity-Ansatz machen konnte, hatte der ECOFIN bereits im Oktober 2007 eine ausführliche Stellungnahme vorgelegt. Deren Haupttenor lautete: Flexicurity-Reformen dürfen die Haushalte der Mitgliedstaaten nicht durch Mehrausgaben belasten, die Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspakts und die Erreichung der vereinbarten mittelfristigen Haushaltsziele müssen in jedem Fall Vorrang haben.

Wirtschafts- und Finanzminister der EU für weitere Arbeitsmarktderegulierung

Am 4. Dezember 2007 legte der Rat der Wirtschafts- und Finanzminister (ECOFIN) seine Stellungnahme zu den Ergebnissen der multilateralen Überwachung der reformierten Lissabon-Strategie vor. Es ging um eine Bilanz, wie die Mitgliedstaaten die Integrierten Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung im Zeitraum 2005 – 2008 durch nationale Reformprogramme umgesetzt hatten, sowie um Empfehlungen für den nächsten 3-Jahres-Zyklus dieser Leitlinien. Zu den Themen Arbeitsmarkt und Flexicurity ist diese Stellungnahme des ECOFIN an Klarheit nicht zu überbieten. Schnörkellos und ohne die bei den Arbeits- und Sozialministern üblichen Beschönigungsfloskeln fordert der ECOFIN:

- dass als Antwort auf die „Überalterung“ unserer Gesellschaften „zusätzliche Reformen nötig sind, um die Lebensarbeitszeit zu verlängern und eine weitere Kostendämpfung in den Rentensystemen“ zu bewerkstelligen;
- dass „bei der Reform des Kündigungsschutzes in den Mitgliedstaaten nur begrenzte Erfolge erzielt“ wurden;
- dass „weitere Fortschritte bei der Reform der (Sozial)Leistungssysteme nötig“ seien, insbesondere seien weitere Reformen und „Anreize“ erforderlich, damit „Arbeit sich (wieder) lohnt“, unter anderem auch durch Flexicurity-Maßnahmen;
- dass die „Reformen“ im Bereich steuerlicher Anreize und Sozialleistungen zur Förderung von Aufnahme und Verbleib in einem Beschäftigungsverhältnis „konsolidiert“ werden sollten;
- dass weitere Anstrengungen unternommen werden müssen, um die Nutzung der Arbeitskraft zu verbessern und insbesondere „die Zahl der durchschnittlich geleisteten Arbeitsstunden zu erhöhen“; und
- dass alle Maßnahmen in diesem Bereich (Arbeitsmarktpolitik und Flexicurity) im Hinblick auf die „finanzielle Nachhaltigkeit sorgfältig geplant und mit dieser vereinbar“ sein müssten.

Wirtschaftspolitische Leitlinien: mehr Flexibilität und restriktive Finanzpolitik

Die Europäische Kommission hat diese „Empfehlungen“ des ECOFIN bereits weitgehend in ihrem Entwurf für den wirtschaftspolitischen Teil der Integrierten Leitlinien aufgegriffen (insbesondere Leitlinien 1 – 5). So heißt es in den Erläuterungen der Kommission (Hervorhebungen SW): „*Um die wirtschaftlichen Folgen der Bevölkerungsalterung abzufedern, sollten die Mitgliedstaaten (...) das **Tempo des Schuldenabbaus beschleunigen**, Anreize zur Erhöhung der Beschäftigungsquoten schaffen und durch Vergrößerung des Arbeitskräfteangebots die Folgen des künftigen Rückgangs der Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter ausgleichen. Hierzu ist eine **weitere Haushaltskonsolidierung** erforderlich, die **über die in letzter Zeit erzielten Fortschritte hinausgeht** (...). Wichtig ist auch, die sozialen Sicherungssysteme so zu modernisieren, dass sie finanziell nachhaltig sind und dass **Anreize für die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter geschaffen werden, aktiv am Arbeitsmarkt teilzunehmen**, wobei sicherzustellen ist, dass die Systeme den Anforderungen in Bezug auf Zugang und Angemessenheit genügen. (...) Insbesondere kann eine bessere Wechselwirkung zwischen den sozialen Sicherungssystemen und den Arbeitsmärkten eine Vermeidung von Verzerrungen bewirken und eine **Verlängerung des Arbeitslebens** in Anbetracht der höheren Lebenserwartung fördern.*“

In Leitlinie 2 wird unter anderem das Ziel formuliert, „**die beruflich geleistete Arbeitszeit zu erhöhen**.“ In Leitlinie 5 heißt es: „Die Mitgliedstaaten sollten **Reformen der Arbeits- und Produktmärkte** durchführen, die zugleich das Wachstumspotenzial fördern und die makroökonomischen Rahmenbedingungen durch **mehr Flexibilität, Mobilität und Anpassungsfähigkeit dieser Märkte** stützen, um auf Globalisierung, technologischen Fortschritt, Nachfrageverschiebungen und Konjunkturschwankungen reagieren zu können. Die Mitgliedstaaten sollten insbesondere **die Reform der Steuer- und Sozialleistungssysteme** neu anstoßen, damit größere Anreize geboten werden und dafür gesorgt wird, dass **Arbeit sich lohnt**, die Anpassungsfähigkeit der Arbeitsmärkte erhöhen und dabei Flexibilität mit Sicherheit verbinden sowie die Beschäftigungsfähigkeit durch Investitionen in Humankapital verbessern.“

Und Leitlinie 4 verlangt dann, dass die Mitgliedstaaten, „**die richtigen Rahmenbedingungen für Tarifverhandlungssysteme** schaffen und so anstreben, dass **Erhöhungen der nominalen Löhne und der Arbeitskosten mit der Preisstabilität und der mittelfristigen Produktivitätsentwicklung in Einklang** stehen, wobei den Unterschieden bei den Qualifikationsniveaus und den lokalen Arbeitsmarktbedingungen Rechnung zu tragen ist.“

Aus dem „Eurosprech“ übersetzt lautet die frohe Botschaft von ECOFIN und Kommission an die Menschen „draußen in Europa“ also unmissverständlich:

- Arbeite länger (sowohl in der Woche als auch bis zur Rente),
- erwarte nur geringe Lohnerhöhungen und notfalls weniger Arbeitseinkommen (Lohnmäßigung für Preisstabilität im allgemeinen, und weniger Lohn bei nicht ausreichender Qualifikation oder wenn Du in einer armen Region lebst),
- habe weniger Rente (Kostendämpfung in den Rentensystemen)
- und richte Dich auf weitere Leistungskürzungen, Verschärfung von Zumutbarkeitskriterien usw. in punkto „Stütze“ ein, wenn Du bedauerlicherweise erwerbslos sein solltest (Reform der Steuer- und Sozialleistungssysteme, Anreize für „Arbeit muss sich lohnen“).

Wahrhaftig – eine wunderbare „Balance zwischen Flexibilität und sozialer Sicherheit“, welche die Kommission nun vorschlägt. Die soziale Sicherheit bleibt auf der Strecke.

Sind Strukturreformen für flexiblere Arbeitsmärkte die Ursache für beschäftigungspolitische Erfolge?

Hinter all diesen Vorschlägen steht die Behauptung, nur weitere „Strukturreformen“ der Arbeitsmärkte zur Förderung von Flexibilität könnten Wachstum und Beschäftigung dauerhaft ermöglichen. Diese These wird durch die empirische Wirtschaftsforschung allerdings nicht gestützt: Die „Flexibilität“ oder „Starrheit“ der Arbeitsmarktregulierung bietet keine schlüssige Erklärung für die Erfolge oder Misserfolge von Ländern bei der Verringerung der Massenarbeitslosigkeit.

So schnitt beispielsweise Deutschland zwischen 1994 und 2004 nach dem OECD-„Reformindikator“ für Arbeitsmarktreaktionen recht gut ab, d. h. es befolgte die Empfehlungen der OECD-Beschäftigungsstrategie zur Flexibilisierung der Arbeitsmärkte. In diesem Zeitraum stieg jedoch die Arbeitslosenquote in Deutschland beträchtlich an (von rund 8 % auf rund 10 %). Andererseits war in Spanien im selben Zeitraum ein Rückgang der Arbeitslosenquote (von etwa 18 % auf etwa 6,5 %) zu verzeichnen, obgleich die Arbeitsmarktregulierung Spaniens nach dem OECD-„Reformindikator“ als „starr“ eingestuft wurde.

Eine neuere Studie¹ bestätigt, dass „Reformen“ der so genannten Arbeitsmarktinstitutionen, die sozialen Schutz bieten (z. B. Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung, Kündigungsschutzgesetze und eine starke institutionelle Rolle der Gewerkschaften) *„im Hinblick auf den Erfolg der ‚Erfolgsgeschichten‘ praktisch keine Rolle spielten. In Irland und in den Niederlanden – d. h. in zwei der vier Länder, in denen der stärkste Rückgang der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen war – haben Änderungen bei ‚schlechten‘ Institutionen de facto zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit (um 1,5 bzw. 1,1 Prozentpunkte) geführt. In den acht Ländern, in denen ein Absinken der Arbeitslosigkeit um 2,6 bis 7,4 Punkte zu verzeichnen war, wirkten sich diese ‚schlechten‘ Arbeitsmarktinstitutionen nur unerheblich aus.“*

Diese Diagnose bestätigt, was auch frühere Studien verschiedener Verfasser herausfanden (Esping-Andersen, 1999; Freeman, 2000; Hall und Soskice, 2003; Amable, 2003). Deren übereinstimmendes Fazit lautete, dass höchst unterschiedliche Kombinationen von Wohlfahrtsstaatsmodellen und Arbeitsmarktinstitutionen zu gleichermaßen effizienten Ergebnissen in punkto Beschäftigungswachstum führen können – egal ob sie nun in hohem Maße vom Laissez-faire-Prinzip geprägt („angelsächsisches“ Modell) oder stärker sozialstaatlich reguliert sind („nordisches“ Modell). Aus sozialpolitischer Sicht sind dann jedoch die Traditionen des stärker auf Gleichheit ausgerichteten nordischen Modells als Leitbild für Europa vorzuziehen.

Eine neuere Studie² kommt gar zu folgendem Schluss: *„Das relative Beschäftigungswachstum spiegelt sehr genau das relative allgemeine Wachstumstempo der Wirtschaft wider. Daher sind für das Funktionieren der*

¹ David R. Howell, Dean Baker, Andrew Glyn and John Schmitt: Are Protective Labour Market Institutions Really at the Root of Unemployment? A Critical Perspective on the Statistical Evidence; Juli 2006.

² Iain Begg, Odile Chagny, Jacky Fayolle und Michel Husson : Economic and Employment Policies and Performances in Four European Countries - France, Germany, Sweden, the United Kingdom; August 2007.

Arbeitsmärkte weitgehend makroökonomische Faktoren ausschlaggebend.“ So genannte „Strukturreformen“ zur Flexibilisierung der Arbeitsmärkte waren also für Erfolg oder Misserfolg beim Beschäftigungswachstum ziemlich unerheblich.

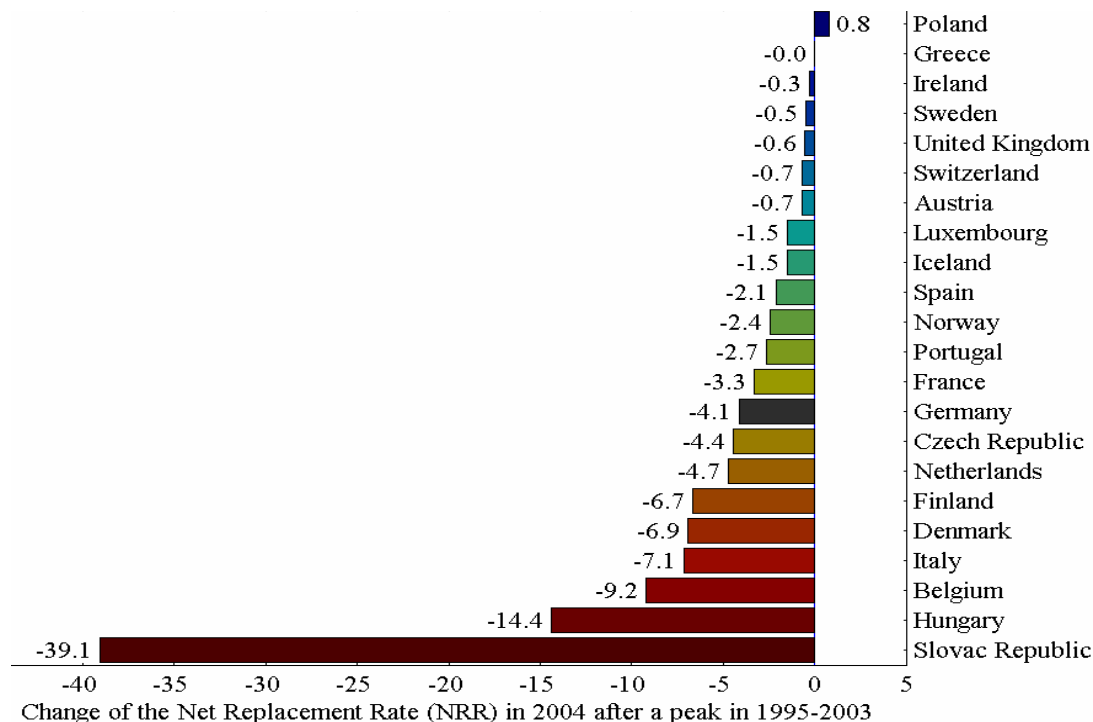
Die gleiche Studie zeigt auch, dass die von der Europäischen Kommission und vom ECOFIN geforderte Politik der Lohnmäßigung in punkto Beschäftigungsaufbau nichts bringt: *„Es besteht keine eindeutige Verbindung zwischen Lohnzurückhaltung, die als Maß für Arbeitsmarktflexibilität gilt, und dem Beschäftigungswachstum. In Deutschland ging das Einfrieren der Löhne mit einem Anstieg der Arbeitslosenquote einher, während im Vereinigten Königreich die besten Ergebnisse beim Beschäftigungswachstum und der schnellste Anstieg der Löhne zu verzeichnen waren.“* Wenn aber weder die allgemeine Deregulierung und Flexibilisierung der Arbeitsmärkte noch die Lohnflexibilität als Erklärung für Erfolg oder Misserfolg beim Abbau der Arbeitslosigkeit herhalten kann, dann gibt es keinen Grund, solcherart „Strukturreformen“ fortzuführen.

Flexiblere Arbeitsmärkte bringen mehr prekäre Beschäftigung

Andererseits ist sicher: die Flexibilisierung und Deregulierung der Arbeitsmärkte sind verantwortlich für das starke Wachstum prekärer Beschäftigungsverhältnisse und von Armut trotz Erwerbsarbeit. Die Forscher Hartmut Seifert und Andranik Tangian vom Wirtschafts- und sozialpolitischen Institut der Hans-Böckler-Stiftung (WSI) haben in einer empirischen Studie³ zu Flexicurity in der EU herausgestellt, dass Beschäftigung umso prekärer ist, je flexibler sie ist: *„Die Flexibilisierung führt zu einer Verringerung des durchschnittlichen Beschäftigungsstatus, d. h. die Arbeitnehmer werden häufiger nicht auf Dauer, sondern befristet, nicht in Vollzeit, sondern in Teilzeit beschäftigt und nehmen häufiger unfreiwillig eine selbstständige Erwerbstätigkeit auf. Andererseits hängt die Anwartschaft auf Sozialleistungen vom Beschäftigungsstatus ab. Somit werden durch diese Tendenzen Beschäftigte von Sozialleistungen ausgeschlossen.“*

³ Hartmut Seifert und Andranik Tangian: Globalization and deregulation: Does flexicurity protect atypically employed? WSI-Diskussionspapier Nr. 143, März 2006.

Grafik 1: Abnahme der sozialen Sicherheit in der EU 2004, im Vergleich zum Höchststand 1995 – 2003, demonstriert anhand der Abnahme der Netto-Lohnersatzquote



Quelle: Andranik Tangian (2006): European flexicurity: concepts (operational definitions), methodology (monitoring instruments), and policies (consistent implementations), WSI-Diskussionpapier Nr. 148, Oktober 2006

Schlussfolgerung des Autors: „Flexibilisierung führt nicht nur zu höherer Unsicherheit der Beschäftigungsverhältnisse, sondern auch zu größerer sozialer Unsicherheit, weil die Lohnersatzrate wegen der Abnahme der Dauer von Beschäftigungsverhältnissen sinkt“.

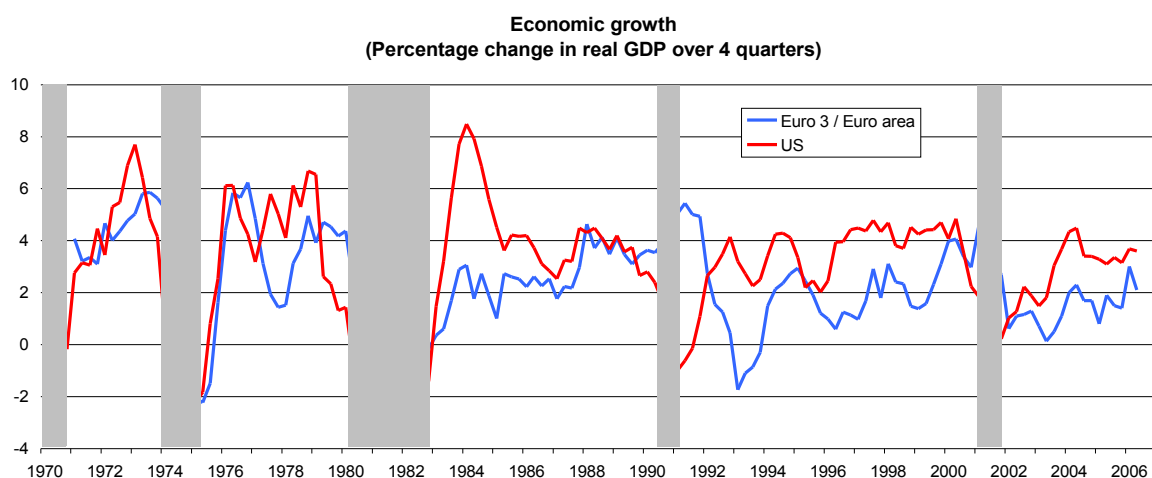
Weiter heißt es: „Insgesamt kann argumentiert werden, dass die Zunahme flexibler Beschäftigungsformen mit einem geringeren Sozialschutzniveau, mit einem geringeren Lohnniveau und mit einem geringeren Zugang zu Weiterbildung einhergeht. Dies könnte sich langfristig infolge eines Mangels an qualifizierten Arbeitskräften auch negativ auf die Effizienz des Arbeitsmarktes auswirken. Je länger Menschen in atypischen Beschäftigungsverhältnissen verbleiben, desto stärker nehmen die Risiken zu (...) Mittlerweile hat diese Form der Beschäftigung auch geringere Rentenansprüche zur Folge.“

Prekäre Beschäftigung will die EU angeblich zurückdrängen. Dies sei eines der zentralen Ziele des Flexicurity-Ansatzes. Der Entwurf der Integrierten Leitlinien enthält aber keine konkreten Vorschläge und Maßnahmen, wie dies in Angriff genommen werden könnte. Er macht eher Vorschläge, welche zu einer weiteren Zunahme prekärer Beschäftigung führen würden: Anreize für Niedriglohnarbeit, Politik für stärkere Lohnspreizung(regional und nach Qualifikation), Fortführung der „Reformen“ für eine strafende Arbeitsmarktpolitik usw.

Was kann die Wirtschaftspolitik zum Aufbau sinnvoller und qualitativ hochwertiger Arbeitsplätze beitragen?

Wenn das Beschäftigungswachstum gemäß den zitierten Studien vor allem von makroökonomischen Faktoren abhängt, dann braucht die EU vor allem eine andere gesamtwirtschaftliche Politik. Schon im November 2007 warnte die Financial Times Deutschland (FTD) vor einer Wachstumsabschwächung in den USA. Inzwischen ist dort von ernsthafter Rezessionsgefahr die Rede. Dies wird auch Auswirkungen auf die stark exportorientierten Mitgliedstaaten der EU haben – allen voran Deutschland. Man mag sich damit trösten, dass China und Asien ja weiter den EU-Konjunkturmotor am Laufen halten könnten. Doch sind die USA nun mal auch für diese Länder der größte Exportmarkt. Und wenn dieser einbricht, hat dies auch negative Auswirkungen für das Wachstum in Fernost.

Grafik 2: Vergleich des Wachstums des realen Bruttoinlandsprodukts USA und Eurozone, 1970 - 2005



Quelle: Prof. Trevor Evans, 2006

Der Vergleich der Konjunkturverläufe von USA und Eurozone zeigt, dass Europa in der Regel dem Konjunkturverlauf in den USA folgt. Etwa ein Jahr nach einem Abschwung in den USA erfolgt ein meist tieferer Absturz in Europa.

Wolfgang Münchau hat in der FTD (8.11.2007) die Konsequenzen aus dieser veränderten wirtschaftlichen Lage m. E. richtig benannt: Die Wachstumskräfte müssen sich „in Europa und Asien von den handelbaren Gütern auf die Binnenmärkte verlagern“, um einer Abwärtsspirale vorzubeugen. Stärkung der EU-Binnenwirtschaft und Binnennachfrage ist also das Gebot der Stunde – was unter anderem auch durch öffentliche Ausgaben flankiert werden muss. Die Europäische Kommission vertritt in ihrem Entwurf der Integrierten Leitlinien aber das genaue Gegenteil: „Sparen“ bis es quietscht.

So doziert sie: *„Eine restriktive Finanzpolitik, eine effektive Finanzaufsicht und die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit sind unerlässlich, um binnen- und außenwirtschaftliche Ungleichgewichte in Grenzen zu halten. (...) Auch das Risiko, dass eine lebhaftere Binnennachfrage eine auf Dauer höhere Inflation zur Folge haben könnte, ließe sich mit einer restriktiven Finanzpolitik begrenzen ebenso wie das Auftreten von Finanzrisiken auf makroökonomischer Ebene, die Schwankungen bei den realen Wechselkursen und einen anhaltenden Verlust an Wettbewerbsfähigkeit bewirken könnten.“* In Erwartung einer Konjunkturabschwächung ist restriktive Finanzpolitik aber genau jene „pro-zyklische Wirtschaftspolitik“, die es laut Kommission eigentlich zu vermeiden gilt.

Für eine alternative Wirtschaftspolitik für mehr und bessere Arbeitsplätze möchte ich abschließend zumindest drei notwendige Weichenstellungen benennen:

- die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank muss nun in jedem Fall Zinserhöhungen vermeiden und auf einen entspannteren Kurs umschwenken;
- die EU-Ebene und die Mitgliedstaaten müssen geeignete Rahmenbedingungen schaffen (durch ordnungsrechtliche, steuerpolitische und andere Fördermaßnahmen), um private und öffentliche Investitionen in einen binnenwirtschaftsorientierten ökologischen und sozialen Umbau der Wirtschaft umzuleiten (drastisches Energiesparen und viel effizienterer Einsatz von Rohstoffen, Aufbau einer dezentralen Energieversorgung auf Basis erneuerbarer Energieträger, Chemie-, Agrar- und Abfallwende usw.) - denn eine Stärkung der Binnennachfrage muss mit einem deutlichen Abbau ökologischer Belastungen und der Erfüllung von Klimaschutzzielen einhergehen;
- die Haushalts- und Finanzpolitiken der EU und der Mitgliedstaaten müssen positiv miteinander koordiniert werden, z.B. indem die EU ein ökologisch-solidarisches Zukunftsinvestitionsprogramm im Umfang von einem Prozent des EU-Bruttoinlandsprodukts auflegt und die Mitgliedstaaten dies durch eigenständige nationalstaatliche Zukunftsinvestitionsprogramme flankieren.

Damit könnten die Voraussetzungen geschaffen, in den Feldern des ökologischen Umbaus, ausgebauter Dienstleistungen in den Bereichen Soziales, Bildung und Kultur usw. neue reguläre und sichere Arbeitsplätze zu schaffen.

Literatur

Amable, Bruno. 2003. *The Diversity of Modern Capitalism*, (Oxford: Oxford University Press).
Esping-Andersen, Gosta. 1999. *Social Foundations of Postindustrial Economics*, (Oxford: Oxford University Press).
Freeman, Richard B. 2000. „Single peaked vs. diversified capitalism: The relation between economic institutions and outcomes.“ Working Paper 7556 (Februar), National Bureau of Economic Research.
Hall, Peter A. und David Soskice, eds. 2001. *Varieties of Capitalism: The Institutional Foundations of Comparative Advantage*, (Oxford University Press).